

Freiheit und Demokratie

Die Bürger Ägyptens, Tunesiens und auch anderer arabischer Länder haben uns alle beeindruckt. Unter Gefahr von Leib und Leben sind sie auf die Straße gegangen, um für Freiheit zu kämpfen. Sie waren entschlossen, sie waren friedlich und alle Schichten der Gesellschaft waren beteiligt: Jung und Alt, Männer und Frauen, Liberale, Geistliche, Muslime und Christen, Vertreter aller politischen Lager – sie alle haben Jahrzehnte währende Diktaturen beendet.

Wir sind Zeugen einer Zeitwende in der islamischen Welt geworden, deren Verlauf unumkehrbar ist und die mehr als deutlich macht, dass Islam und Demokratie miteinander einhergehen können, ja sogar müssen. Wir dürfen bei aller Freude die vielen Tausend Toten und Verletzten nicht vergessen, die Opfer der brutalen Regime geworden sind. Die Welt ist Zeuge geworden, wie Christen Muslime während des Freitagsgebets auf dem Tahrir-Platz vor bezahlten Schlägern schützten, und wie Muslime Christen während der Sonntagsmesse schützten. Die ägyptische Revolution lieferte uns Bilder, die nicht in das angenommene Schema von Christenverfolgung und gewalttätigen Muslimen passten.

Nicht nur die arabische Welt steht vor einem epochalen Wandel. Auch Europa hat jetzt die große Chance, verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen. Aber das setzt voraus, dass Europa die eigenen hehren Worte nach Freiheit und Demokratie auch in ehrliche Politik umsetzt. Jahrzehntlang haben Europa und die USA mit Despoten gekungelt, während sie gleichzeitig blind waren gegenüber jenen, die wegen ihres Eintretens für universelle Werte drangsaliert und ermordet wurden.

Der Westen darf jetzt nicht wegschauen. Er muss die Freiheitsbestrebungen der Menschen in den arabischen Ländern unterstützen. Ich begrüße die Worte von Außenminister Guido Westerwelle, der die Gewalt in Libyen verurteilt und Hilfe der Bundesregierung für den politischen Wandel in der arabischen Welt zugesagt hat. Zu Recht kritisierte auch Bundespräsident Christian Wulff die laschen Reaktionen der EU in diesem Zusammenhang und mahnte zu entschlossenerem Handeln.

Dies bedeutet konkret: Der politische Druck gegenüber den Übergangsregierungen muss aufrecht erhalten werden, damit in diesen Ländern freiheitlich demokratische Verfassungen Geltung erlangen. Nur so können Gleichberechtigung und Mitwirkung aller politischen Kräfte durch freie und geheime Wahlen ermöglicht werden. Nur dann ist garantiert, dass Bürger nicht dauerhaft im Ausnahmezustand leben müssen und dass Korruption, Vetternwirtschaft und Verunglimpfung ein Ende haben.

Im Irak und in Afghanistan haben westliche Alliierte mit Gewalt versucht, Demokratie zu „implantieren“ – mit desaströsen Folgen. Nun bietet sich die historische Chance,

arabischen Länder zu demokratischen Regierungen zu verhelfen – nicht gegen, sondern mit dem Willen des Volkes.

Allen hiesigen Unkenrufen zum Trotz haben religiöse Fanatiker bei den Volksaufständen keine Rolle gespielt. Muslimische Vertreter haben stets betont, dass der Einfluss Radikaler marginal ist. Geglaubt hat man ihnen im Westen nicht. Geglaubt hat man den Diktatoren, die ihre Gewaltherrschaft mit der angeblichen islamistischen Gefahr begründeten. Geglaubt hat man so genannten Islamkritikern, die gläubigen Muslimen grundsätzlich die Fähigkeit zur Zivilgesellschaft absprechen. Nun stellt sich heraus, wie paranoid und schädlich diese von Islamkritikern und politischen Think Tanks geprägten Annahmen waren. Nun zeigt sich, wie schizophran sich westliche Staaten gegenüber den Völkern des Nahen Ostens verhalten haben. Einmal mehr wird klar, dass die wahren Gründe für Terrorismus und Radikalität neben Armut, Mangel an Freiheit und politischer Mitwirkung sind.

Die Angst vor dem bösen Muslim bleibt allgegenwärtig, doch sie scheint Risse zu bekommen. Angesichts der beeindruckenden und mit friedlichen Mitteln eingeleiteten demokratischen Umwälzungen - insbesondere in Ägypten und Tunesien – dürften es die Hohepriester der Angst schwerer haben, ihre These von der islamischen Weltherrschaft weiterhin an den Mann/die Frau zu bringen.

Es hätte genügt, die Plakate der Demonstranten zu lesen und ihre Slogans zu hören, um zu erkennen, was diese Menschen millionenfach auf die Straße getrieben hat: nicht religiöser Fanatismus, sondern die Sehnsucht nach Freiheit, Bürgerrechten, fairen Wahlen und ein Leben in Würde. Aber hiesige Experten und Islamkritiker konnten die Plakate nicht lesen und die Slogans nicht verstehen, weil sie im doppelten Sinne der Bedeutung die Sprache der muslimischen Völker nicht verstehen. Sie wollten nicht einsehen, dass die arabischen Völker die gleichen Sehnsüchte hatten, wie die osteuropäischen Völker vor dem Fall des Eisernen Vorhangs.

Religiöse Gruppierungen, wie die Muslimbrüder, werden sich dem demokratischen Wettbewerb stellen müssen. Sie werden seriöse Antworten auf die gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme ihrer Länder geben müssen, wenn sie vor den Wählern bestehen wollen und die Ideologisierung als konzeptionelles Modell wird dabei kaum fruchten und helfen.

Angesichts der dramatischen Veränderungen in der arabischen Welt muss die westliche Staatengemeinschaft ihre Sicherheitsarchitektur im Nahen Osten hinterfragen. War es richtig, Jahrzehnte lang auf Diktaturen zu setzen und Milliarden für eine zweifelhafte Antiterrorpolitik aufzuwenden? War es richtig, mit Autokraten Geschäfte zu machen, Menschenrechtsverletzungen zu ignorieren und auf eine Scheinstabilität zu setzen? Die vermeintlichen Bollwerke gegen Islamisten und Jihadisten haben sich als teuer bezahlte Sandburgen entpuppt, die von den revolutionären Wellen weggespült

worden sind. Die beste Garantie gegen Fanatiker in den arabischen Ländern bieten bürgerliche Freiheiten, soziale Gerechtigkeit und prosperierende Wirtschaften. All das haben die Mubaraks, Ben Alis und Gadhafis ihren Bürgern vorenthalten.

Fanatiker und Kriegstreiber auf beiden Seiten haben über viele Jahre von dem Schreckgespenst profitiert, dass im Schatten der Diktaturen immer größer werden konnte. Die Alleinherrscher konnten unter den Augen der Weltöffentlichkeit ungeniert Menschenrechte mit Füßen treten – sie profitierten dabei von der unheiligen Dialektik, der sich der Westen im Kampf gegen Terror verschrieben hatte: Predige Freiheit, aber vertraue den Diktatoren. Damit ist es hoffentlich vorbei. Nach 1989 hat der Westen den Osteuropäern geholfen. Nun muss er im ureigensten Interesse den nahöstlichen Ländern helfen. Die Religionszugehörigkeit darf dabei keine Rolle spielen.